



Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Kreisverband  
Rems-Murr

**DGB**

# Ausstellung 50 Jahre Berufsverbote

Politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland

7. bis 21. Oktober 2022 | Manufaktur Schorndorf

**Die Grundlage für die Berufsverbote war der sog. Radikalenerlass, den die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder unter Vorsitz des Bundeskanzlers Willy Brandt am 28. Januar 1972 verabschiedete.** Dieser Erlass hatte historische Vorbilder und richtete sich fast ausschließlich gegen Linke. Betroffene bekamen nur aufgrund einer „Prognose“ wegen ihrer vom Verfassungsschutz behaupteten „Verfassungsfeindlichkeit“ den erlernten Beruf verwehrt oder wurden entlassen.

Insbesondere mit Hilfe der „Regelanfrage“ wurden etwa 3,5 Millionen Bewerberinnen und Bewerber von den Einstellungsbehörden auf ihre politische „Zuverlässigkeit“ durchleuchtet. In der Folge des Radikalenerlasses kam es in der damaligen BRD zu 11.000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.250 Ablehnungen und 265 Entlassungen, was zu einem Klima der Angst und Einschüchterung führte. Dies betraf nicht nur Beamte oder Angestellte der damaligen Bundesbehörden, Bundespost und Bundesbahn, sondern vor allem an Schulen, Hochschulen und Ämter, für die die Bundesländer zuständig sind. Auch in Schorndorf gab es Betroffene.

**Die Folgen der Berufsverbote von 1972 sind immer noch spürbar.** Nur zögerlich kommt die Rehabilitierung der Betroffenen voran. Notwendig ist eine vollständige Rehabilitierung und Entschädigung aller Betroffenen der Berufsverbote. Das Gegenteil ist der Fall: Die Ampel-Regierung legt in ihrem Koalitionsvertrag fest, „dass Verfassungsfeinde schneller als bisher aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden können“. Dies verdeutlicht, dass das Thema Berufsverbote auch heute noch aktuell ist.

**Die Ausstellung kann vom 7. bis 21. Oktober in der Manufaktur Schorndorf während der normalen Öffnungszeiten besichtigt werden. Der Eintritt ist frei. Infos zum Rahmenprogramm befinden sich auf der Rückseite.**

## Veranstalter\*innen:

DGB-Kreisverband Rems-Murr, GEW Rems-Murr, IG Metall Ludwigsburg-Waiblingen, ver.di Rems-Murr, DIE LINKE Rems-Murr, DKP Rems-Murr, Forum Politik in der Manufaktur, Initiative Baden-Württemberg gegen Radikalenerlass und Berufsverbote, Naturfreunde Schorndorf, VVN-BdA Kreisvereinigung Rems-Murr, Zusammen gg. Rechts.

Eine Ausstellung der Niedersächsischen Initiative gegen Berufsverbote.

## Immer auf dem Laufenden bleiben:



<https://stuttgart.dgb.de>



@dgbregionstuttgart



[bit.ly/dgbnewsletter](https://bit.ly/dgbnewsletter)



DGB Region Stuttgart  
@DGB.Stuttgart



DGB Region Stuttgart



@dgbregion

Ausstellung 50 Jahre Berufsverbote

# Rahmenprogramm

In der Manufaktur Schorndorf, Hammerschlag 8, 73614 Schorndorf.

Infos zu Öffnungszeiten und Anfahrt auf der Homepage der Manufaktur:

<https://www.club-manufaktur.de>.

## **Ausstellungseröffnung** | 7. Oktober 2022 | 19 Uhr

Begrüßung und Grußworte

Einführung in die Ausstellung: Lothar Letsche

Musikalische Umrahmung: Michael Csaszkóczy

## **Filmvorführung** | 12. Oktober 2022 | 19 Uhr | Kino Kleine Fluchten

„Jagd auf Verfassungsfeinde – Der Radikalenerlass und seine Opfer“, ein Film von Hermann G. Abmayr. Der Filmemacher und Regisseur ist auch anwesend und steht für Fragen zur Verfügung.

## **Gesprächsrunde** | 20. Oktober 2022 | 19 Uhr | Kino Kleine Fluchten

Seit Mai 2022 liegt das Ergebnis einer 3-jährigen Studie des Historischen Seminars unter Leitung von Prof. E. Wolfrum, finanziert vom Wissenschaftsministerium, vor: "Verfassungsfeinde im Land? Der 'Radikalenerlass' von 1972 in der Geschichte Baden-Württembergs und der Bundesrepublik". Die Ergebnisse dieser Studie bestätigen eindrucksvoll die Position, die die Initiative der Berufsverbotsbetroffenen seit jeher vertreten hat: Die Anwendung des Radikalenerlasses war grundsätzlich Unrecht. Über dieses Unrecht, über ihre persönliche und gesellschaftliche Betroffenheit, sowie den Stand um ihre Rehabilitierung und Entschädigung in Baden-Württemberg, stehen Betroffene Rede und Antwort. Auch über neuere gesetzliche Vorhaben einzelner Landesregierungen wird berichtet.